



NEUESTE NACHRICHTEN

Mittwoch, 12. Oktober 2016

Badische Presse

71. Jahrgang · Nr. 237 · Ausgabe Karlsruhe

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | Titel | 12.10.2016 | Seite 1

Breymaier für Boos

Die designierte SPD-Landeschefin Breymaier wirbt offensiv für die Wahl der von ihr als Generalsekretärin favorisierten Luisa Boos beim Landesparteitag. Südwestecho

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | SÜDWESTECHO | 12.10.2016 | Seite 10

Breymaier rechnet mit wenig Gegenwind

Designierte SPD-Landeschefin setzt auf „ordentliches Ergebnis“ für Vertraute Boos

Von unserer Mitarbeiterin Julia Giertz

Stuttgart. Die designierte SPD-Landeschefin Leni Breymaier geht davon aus, dass die von ihr favorisierte – intern umstrittene – Luisa Boos beim Landesparteitag zur Generalsekretärin gekürt wird. „Ich bin sehr zuversichtlich, dass sie am 22. Oktober mit einem ordentlichen Ergebnis gewählt wird“, sagte Breymaier in Stuttgart. Sie sei offensiv mit der Personalie in die Kreisverbände gegangen und habe dort und auch von einzelnen Mitgliedern Unterstützung. „Es ist nicht nur Gegenwind da.“

Wenn Boos bei den Delegierten in Heilbronn durchfalle, dann sei das nicht nur ein Schaden für sie selbst, sondern auch für die Partei, sagte Breymaier. Es gebe aber keinen zwingenden Zusammenhang zwischen ihrer Bereitschaft, die Partei zu führen, und dem Posten für Boos. Dennoch sehe sie es als Recht einer Vorsitzenden an, eine Persönlichkeit ihres Vertrauens auszuwählen. Sie werde nicht jeden Kompromiss eingehen, um es dem Letzten noch Recht zu machen. „Das werde ich nicht schaffen.“ Die bisherige Verdi-Landeschefin verteidigte ihre Empfehlung für Boos. „Ich möchte Parteivorsitzende werden und dafür eine Generalsekretärin zur Seite haben, der ich vertrauen kann, die loyal zu mir und der Partei steht sowie inhaltlich auf einer Linie mit mir liegt.“ Außerdem habe Boos als ehemalige Jusos-Vizechefin eine Kenntnis der Partei, die ihr selbst noch fehle. Überdies sei es ihr Anliegen, junge Frauen nach vorne kommen zu lassen. „Ich habe in meinem Leben auch von Menschen profitiert, die mir etwas zugetraut haben.“

Die 31-Jährige ist umstritten, weil ihr vorgeworfen wird, sie habe sich zu wenig von Beleidigungen gegen andere Parteimitglieder auf Facebook distanziert. „Frau Boos hat sich nicht ungebührlich geäußert, sie hat sich an Regeln gehalten“, betonte Breymaier. Zudem sei das Ganze schon vor mehreren Jahren passiert. Als Stellvertreter Breymaiers kandidieren beim Parteitag erneut die Parteilinke Hilde Mattheis (Südwürttemberg), Bundestagsabgeordnete aus Ulm, und Lars Castellucci (Nordbaden), Bundestagsabgeordneter aus dem Rhein-Neckar-Kreis. Für Nordwürttemberg will sich der Bürgermeister der Gemeinde Heubach, Frederick Brütting, bewerben. Die Landtagsfraktion soll für den Regierungsbezirk Südbaden den Vizeposten besetzen, schlägt die Breymaier vor. Dafür kämen Sabine Wölfle, Gabi Rolland und Ex-Justizminister Rainer Stickelberger infrage.



Auch gegen Widerstände hält die designierte SPD-Landeschefin Leni Breymaier an ihrer Favoritin für den Posten der Generalsekretärin fest. Foto: dpa

Badische Neueste Nachrichten | Karlsruhe | BLICK IN DIE WELT | 12.10.2016 | Seite 12

Stress statt Party

Laut einer neuen Studie fühlen sich viele Studenten überfordert / Teure Mieten machen Sorgen

Von unserem Mitarbeiter Werner Herpell

Berlin. Es ist schon eine Weile her, dass ein Radiomoderator seine Mittagsmagazin-Hörer so begrüßte: „Guten Tag, meine Damen und Herren – guten Morgen, liebe Studenten!“ Doch Vorurteile über das lockere Studentenleben halten sich hartnäckig. „Die schlafen lange“ und „machen viel Party“ – solche Einschätzungen hörte das Deutsche Studentenwerk (DSW) kürzlich bei einer Berliner Straßenumfrage zu seiner 21. Sozial-erhebung. Diese soll bis Sommer 2017 aktuelle Daten und Fakten zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der Studenten in Deutschland liefern.

Zahlen

Eines ist klar, es werden immer mehr Studenten: 2,8 Millionen (2012: 2,5 Millionen) studieren im Wintersemester 2016/17, und zwar überwiegend an den rund 240 Hochschulen in staatlicher Trägerschaft. Tendenz steigend – mit entsprechenden Begleiterscheinungen wie überfüllten Hörsälen und Seminaren. Seit Jahren strömen jeweils 500 000 Erstsemester an die Unis, auch immer mehr Ausländer, für die Deutschland ein attraktiver Hochschulstandort ist. Etwa ein Viertel der Studierenden hat Migrationshintergrund – und immer noch die Hälfte Eltern mit akademischem Abschluss. Rund 30 Prozent gehen während des Studiums ins Ausland.

Mehr Stress

Gut die Hälfte der Studenten (53 Prozent) fühlt sich nach einer Umfrage massiv überfordert, ihr Stressgefühl ist also ausgeprägter als bei Beschäftigten in regulären Jobs (50 Prozent). „Tiermedizinerin an einer staatlichen Uni in Nordrhein-Westfalen“ – so beschreibt der gestern in Berlin vorgestellte AOK-Report den typischen Stress-Studenten; das relaxte Gegenstück ist männlich und studiert Sport an einer privaten Hochschule in Rheinland-Pfalz. Einen Grund für den hohen Belastungsgrad sehen Wissenschaftler aus Potsdam und Hohenheim in der „Bologna-Reform“ zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraumes, die mit verstärktem Prüfungsstress einherging. Allerdings sei in Deutschland die „Stressresilienz“ bei Studierenden wohl auch besonders gering ausgeprägt.

Studienzeit

Laut DSW wenden Studenten in Deutschland im Schnitt 35 Wochenstunden für Vorlesungen, Seminare, Hausarbeiten und Recherchen an ihrer Uni auf, hinzu kommen etwa sieben Stunden für Nebenjobs. Und gut jeder Fünfte muss neben der Hochschule für seinen Lebensunterhalt so viel arbeiten, dass er „faktisch Teilzeit“ studiert, ergab die Sozialerhebung 2012. Zugleich soll ein Bachelor-Student nach nur sechs Semestern den ersten akademischen Abschluss in der Tasche haben – im Prüfungsjahr 2014 schafften es gleichwohl nur 46 Prozent in der Regelstudienzeit.

Bafög

Knapp drei Milliarden Euro ließ sich Vater Staat die Ausbildungsförderung im Vorjahr kosten. Damit wurden nach neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes 611 000 Studierende gefördert – vor vier Jahren waren es 60 000 mehr. Mit der zum Wintersemester umgesetzten Bafög-Reform wird nun manches besser: Es gibt mehr Geld und der Kreis der Geförderten soll um 110 000 wachsen. Stipendien kommen in Deutschland eher wenigen zugute. So erhielten im Vorjahr gerade mal 24 300 Studierende das vom Bund und privaten Geldgebern geförderte „Deutschlandstipendium“

Wohnung

Gut 37 Prozent mehr Miete als vor sechs Jahren müssen Studierende für eine Wohnung in Berlin hinblättern, in München und Stuttgart, aber selbst in Osnabrück sieht es ähnlich dramatisch aus. Diese Mietpreisdynamik macht Studenten bundesweit zu schaffen. Trotz wachsender Mietbelastung werden aber immer weniger Studienkredite in Anspruch genommen.



DEUTSCHLANDS STUDENTEN fühlen sich gestresst, einen Grund dafür sehen Wissenschaftler in der „Bologna-Reform“. Foto: dpa

„Soldaten haben besondere Aufgaben“

Feierstunde zum 60-jährigen Bestehen des Deutschen Bundeswehrverbands

„Karlsruhe ist Garnisonsstadt“

eki. Am 12. November 1955 hat mit der offiziellen Gründung der Bundeswehr die Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg begonnen. Acht Monate später wurde am 14. Juli 1956 als Mitarbeitervertretung für die Soldaten der Deutsche Bundeswehrverband (DBwV) aus der Taufe gehoben. „In den vergangenen sechs Jahrzehnten hat sich der Verband kontinuierlich angepasst und optimiert“, betonte der süddeutsche DBwV-Landesvorsitzende Gerhard Staerk gestern bei einer Feierstunde zum 60-jährigen Bestehen des Verbands in der General-Fahnert-Kaserne. Diese Anpassungsfähigkeit sei neben dem „ausgeprägten ehrenamtlichen Engagement“ die „größte Leistung“, sagte Staerk.

Derzeit zählt der DBwV knapp 200 000 Mitglieder, rund 50 000 davon in Süddeutschland. Aktive Soldaten und Mitarbeiter sind ebenso darunter wie ehemalige Wehrangehörige. Die derzeitigen großen Themen wie die Folgen der Armenien-Resolution des Bundestages oder den „Einsatz der Bundeswehr im Innern“ sparte Staerk bei seiner Festrede bewusst aus, auch einen „brutalen und ungeschminkten Zustandsbericht der Bundeswehr“ wollte er nicht liefern. Stattdessen appellierte Staerk an eine konstruktive Zusammenarbeit mit der Politik, denn nur so könnten auch künftig die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Armee und gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter gewährleistet werden. „Die Spürbarkeit von Verbesserungen im Kleinen sind elementare Merkmale und entscheiden über Erfolg und Misserfolg einer Trendwende“, so Staerk. Probleme wie die „Mangelverwaltung bei der Beschaffung von schlichten Hosen und Jacken“ müssten vom Verteidigungsministerium schnellstens gelöst werden.

„Der Bundeswehrverband ist neben dem Parlament der zweite Anker in die Zivilgesellschaft hinein“, betonte die Grünen-Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl bei ihrer Ansprache, denn nur durch die Entscheidungen des Parlaments könnten Auslandseinsätze politisch legitimiert werden. Gerade bei militärischen Einsätzen seien diese Entscheidungen mit „sehr hoher Verantwortung“ verbunden, schließlich könnten Soldaten in den Tod geschickt werden. Ohnehin sei der Dienst bei der Bundeswehr kein Beruf wie jeder andere. „Konflikte lassen sich nur selten mit Gewalt lösen, und militärische Einsätze sind nur zur Wahrung des Weltfriedens und zum Schutz von verfolgten Bevölkerungsgruppen zulässig“, so Kotting-Uhl. Selbst im Syrienkonflikt werde derzeit nicht intensiv genug an einer friedlichen Lösung gearbeitet, sagte sie weiter, „und mit Assad wird es genauso wenig Frieden geben wie mit dem IS“.

Ebenso wie der DBwV forderte Kotting-Uhl zudem eine offenere Diskussion über die Zukunft der Bundeswehr und den Umbau der Berufsarmee zum familienfreundlichen Arbeitgeber. „Soldaten haben besondere Aufgaben“, so Kotting-Uhl, „aber sie sind auch ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft“.

Die Bundeswehr müsse wieder ein positiveres Image erhalten und den Bürgern auch als Vorbild dienen, appellierte Heinz Simon, Vorsitzender der Standortkameradschaft Karlsruhe, an die Politik, denn nur dadurch können auch künftig noch genügend junge Menschen für den Dienst an der Waffe begeistert werden.

Karlsruhe sei nicht nur Residenz des Rechts, Wiege der Demokratie und Wissenschaftsschmiede, sagte CDU-Stadtrat Albert Käuflein bei seinem Grußwort im Namen der Stadt. „Karlsruhe ist auch immer noch eine Garnisonsstadt und wichtiger Standort der Bundeswehr.“

URL <http://www.stattweb.de/files/civil/Doku20161012bnn.pdf>